2017/07 Disko

https://www.jungle.world/artikel/2017/07/der-patient-ist-geheilt

Die deutsche Erinnerungspolitik im globalen Kontext

Der Patient ist geheilt

Von **Katrin Antweiler**

Deutschland braucht die Vergangenheit nicht mehr loszuwerden, sie ist bestens in seine Gegenwart integriert und wird politisch nutzbar gemacht. Eine Antwort an die Antideutsche Aktion Berlin.

Im Beitrag »German Gedenken« kritisierte die Antideutsche Aktion Berlin (AAB) in dieser Zeitung, das ritualisierte deutsche Gedenken an die Shoah diene der »Heilung des Patienten«, nicht dem Gedenken an die Opfer. Das mag im Kern noch zutreffen, erscheint aber unzeitgemäß und wird der derzeitigen Erinnerungspolitik nicht mehr gerecht. Der Patient ist längst geheilt.

Schon kurz nach Kriegsende kritisierte der unversöhnliche Denker Vladimir Jankélévitch, was die AAB anprangert, nämlich wie enthusiastisch die damals noch junge BRD versuche, sich an das restliche Europa anzubiedern und zu diesem Zweck einen akzeptierten Umgang mit NS und Shoah zu finden: »Wenn Deutschland eine andere Miene aufgesetzt zu haben scheint, dann weil es in Stalingrad zu Tode geprügelt worden ist, weil die Russen Berlin eingenommen haben und weil die Alliierten in der Normandie (…) gelandet sind; ohne die Panzer von Schukow (…) wäre Deutschland noch Hitler-Deutschland (…). Die Deutsche Reue heißt (…) NIEDERLAGE!« (Jankélévitch 2004)

Schon damals galt Jankélévitch als radikal, und wer heute noch mit der Shoah gegen Deutschland argumentiert, ist rückschrittlich – so der Tenor in Europa und darüber hinaus. Sicher, Joachim Gauck leidet vorsichtshalber noch immer ein bisschen, doch an sich scheint alles in Ordnung zu sein. Den Anfang der deutschen Läuterung markierte die 1985 von Richard von Weizsäcker so dreist adaptierte und auf den deutschen Kontext angewandte Losung, Erlösung sei durch Erinnerung zu erreichen. Diese einst für die Jüdinnen und Juden in der Diaspora formulierte Weisheit von Baal Sehm Tov, Begründer des Chassidismus, war allerdings nicht gleichbedeutend mit dem christlichen Erlösungsversprechen gemeint, das Weizsäcker für die Deutschen im Sinn hatte. Heute ist Deutschland fertig mit dieser Läuterung. Wozu diese Vergangenheit noch loswerden wollen? Sie ist doch bestens integriert und wird weiterhin politisch nutzbar gemacht.

Das Zauberwort heutiger Erinnerungspolitik, damals bei Weizsäcker wie noch heute, lautet »Zukunft«. Wer zum Beispiel Gelder für Projekte, Bildungsprogramme oder Konferenzen zum Thema Holocaust beantragen will, kommt nicht daran vorbei es – möglichst schon im

Titel – einzubauen: »Zukunft braucht Erinnerung«, »Erinnerung für die Zukunft«, »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«, um nur einige der vielen Varianten zu nennen. Diese Zukunft ist aber nicht mehr die eines Deutschlands, das endlich einen Schlussstrich unter die Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust und somit die eigenen Täterschaft ziehen will, denn das ist in gewisser Weise geschehen. Nur eben nicht durch Vergessen, sondern durch vermeintliche Versöhnung. Auch darauf wies schon Jankélévitch hin: Beide gehören zusammen, Versöhnung meint Vergessen, auch wenn anderes beteuert wird. Wer sich heute öffentlich entschuldigt, so wie es Deutschland ja schon mehrfach getan hat, gilt als moralisch überlegen. Das wäre also spätestens seit Johannes Raus Bitte um Verzeihung vor der Knesset im Jahr 2000 im Bezug auf die Shoah auch erreicht worden. Eine weitere solche Geste und die genannte »Zukunftsstiftung« in Namibia regeln dann das Restliche.
Die AAB hat treffend auf die deutsche Argumentation im Kosovo-Konflikt verwiesen und von einer Instrumentalisierung von Auschwitz gesprochen. Dazu kann festgestellt werden, dass offizielle Erinnerung an die Vergangenheit immer aus Perspektive der Gegenwart gestaltet wird und auch immer eine Funktion für die Gesellschaft erfüllt. Das von der AAB angeführte Beispiel zeigt außerdem weniger, wie spezifisch deutsch diese »Instrumentalisierung« ist, sondern vielmehr eine zunehmende Universalisierung der Erinnerung, die heutige Politik maßgeblich beeinflusst: Es sollen zukunftsgerichtete Lehren aus der Shoah gezogen werden. Das Postulat »Nie wieder Auschwitz« wurde spätestens im ehemaligen Jugoslawien zur Chiffre, um zukünftige Genozide zu verhindern; eben dieser »Mission« hat sich im Namen des Holocaust die »international Gemeinschaft« verschrieben – Deutschland geht Hand in Hand mit dem restlichen Europa und allen anderen, die mitmachen wollen. Die Lehren sollen Toleranz und Menschenrechte stärken und die Erinnerung an die Shoah dient dazu, heutige Gesellschaften für die vermeintlich demokratischen Werte zu sensibilisieren.
Wer heute einen Holocaust-Gedenkort besucht, wird wohl eher nicht mehr verunsichert, sondern kann sich Gewissheit verschaffen, wenigstens im hier und jetzt eine oder einer von den Guten zu sein. Denn nicht der Respekt für die Opfer der damaligen Massenermordungen gibt der Shoah im 21. Jahrhundert Aktualität, damit hat die AAB recht, sondern – und hier liegt der Widerspruch zur These ihres Beitrags – ihre Funktion als Negativreferenz, die gegenwärtige Menschenrechtspolitik legitimiert und als »moralische Leitschnur« gilt.

> Die Kritik an deutscher Erinnerungspolitik täte gut daran, einen Blick über den Tellerrand der Bundesrepublik zu werfen, um globale Konstellationen mitzudenken.

Diese Übertragung des historisch spezifischen Holocaust auf eine zukunftsorientierte Politik, auf deren Basis Menschenrechte allgemeinen eingeklagt werden können, wie die Soziologen Natan Sznaider und Daniel Levy es auf den Punkt bringen, hat die Praxis gesellschaftlichen Erinnerns in Europa verändert. Sie hat den Boden bereitet für einen Prozess der Universalisierung von Erinnerung, der eine ritualisierte Standardisierung jener Erinnerung befördert, die nicht mehr spezifisch deutsch ist, sondern von transnationalen Institutionen wie etwa der Holocaust Remembrance Alliance vorangetrieben wird. Die globale Forderung nach Toleranz wird mit der Metapher des Holocaust verknüpft. Dass

Toleranz ein beliebter zeitgenössischer Mechanismus der Entpolitisierung ist, hat die jüngste Äußerung Donald Trumps zum Holocaust-Gedenktag eindrücklich gezeigt: Er interpretierte den Holocaust als ein Moment, in dem »evil« die Oberhand über »good« gewonnen habe, was er selbstverständlich nie wieder zulassen würde. In diesem Narrativ wird die Shoah zu einem Problem zwischen intoleranten (evil) und toleranten (good) Menschen umgedeutet.

Der Toleranzdiskurs, der maßgeblich auf das Gedenken an die Shoah einwirkt – auch in Deutschland –, ermöglicht es also, jeder Form der Unterdrückung und Dominanz bis hin zum Genozid den gleichen entkontextualisierten Auslöser, nämlich Vorurteile, zu unterstellen. Daraus können dann praktischerweise die immergleichen Lektionen gezogen werden, was aber die wichtigen historischen und politischen Analysen ausschließt. Das Streben nach globaler Harmonie erscheint stark historisch orientiert, ist aber letztlich geschichtslos; es definiert mit Blick auf die Zukunft die richtigen Lehren aus der Vergangenheit, nämlich eine Schuld für Sensibilität. Das ist es, was Deutschland mit seiner Gedenkpolitik vorzumachen versucht.

Doch was bleibt für diejenigen, die andere Lehren aus der Vergangenheit ziehen wollen? Selbst die doch so offensichtlich scheinende Tatsache, dass die Shoah nicht aufgrund der mangelnden Toleranz der deutschen Gesellschaft gegenüber anderen geschehen konnte, dass sie kein anonymes Verbrechen gegen die Menschheit war, sondern ein zielgerichtetes und personalisiertes Vorhaben gegen all die Menschen, die von den Nationalsozialisten als jüdisch klassifiziert wurden – auch weit über die Grenzen Europas hinaus –, scheint im Zeitalter der Menschenrechte irrelevant zu werden. Hieran wird deutlich am eindrücklichsten, welche entpolitisierende Konsequenz der Toleranzdiskurs auch für die Erinnerung an die Shoah hat. Deutschland als Täternation spielt darin ebenso wenig eine relevante Rolle mehr wie Jüdinnen und Juden als konkrete Opfer. So dürfte es wohl auch mehr am Antiamerikanismus liegen, dass einige deutsche Medien die an Trumps Holocaust-Interpretation geäußerte Kritik der Anti Defamation League und des Holocaust Memorial Museums überhaupt aufgegriffen haben, als daran, dass eine Benennung der konkreten Opfer der Shoah ihnen wichtig ist. Denn wer war je besser darin, sich um die tatsächliche Nennung und Würdigung der Opfer zu winden, als Deutschland? Nur ist das heute kein Alleinstellungsmerkmal mehr, sondern mainstream, und die Kritik an deutscher Erinnerungspolitik täte gut daran, einen Blick über den Tellerrand der Bundesrepublik zu werfen, um globale Konstellationen zu berücksichtigen und aktuelle Entwicklungen umfassender zu verstehen. Auch wenn das bittererweise bedeutet einzugestehen, dass der Heilungsprozess abgeschlossen ist und das ritualisierte Gedenken vielmehr einer regelmäßigen Vergewisserung dient, ob auch wirklich noch alle Werte stimmen.

© Jungle World Verlags GmbH